

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input checked="" type="checkbox"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="checkbox"/>
BNN Bretten	<input type="checkbox"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="checkbox"/>
BNN Kreisseite	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>
Brettener Woche	<input type="checkbox"/>	IHK	<input type="checkbox"/>
Kurier	<input type="checkbox"/>	Wochenblatt	<input type="checkbox"/>
www.ka-news.de	<input type="checkbox"/>	www.bruchsal-xl.de	<input type="checkbox"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="checkbox"/>	www.Landfunke.de	<input type="checkbox"/>
www.bruchsal.org.de	<input type="checkbox"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="checkbox"/>
Bruchsaler Woche	<input type="checkbox"/>		

Datum: 3. Feb. 2010

Gesundheitspläne stark in der Kritik

IG Metall Bruchsal. Die IG Metall Bruchsal sieht in den gesundheitspolitischen Plänen der schwarz-gelben Regierung einen Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung. Die Koalitionspläne laufen darauf hinaus, dass die steigenden Kosten im Gesundheitssystem einseitig den Versicherten aufgebürdet werden sollen. Zudem führen sie endgültig zu einer Zwei-Klassen-Medizin. „Ich befürchte die Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems“, sagte der 1. Bevollmächtigte Eberhard Schneider auf einer Vertrauensleutesitzung der SEW Eurodrive in Wiesental.

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Einfrieren des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung bedeute, dass zukünftige Kostensteigerungen allein von den Versicherten zu zahlen sind. „Das wäre der endgültige Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems“, erklärte Schneider. Darüber hinaus führe die geplante Kopfpause dazu, dass ein Betriebsleiter künftig genau so viel zahle wie eine Reinigungskraft. „Das ist unsolidarisch und ungerecht“, so der Bevollmächtigte weiter.

Die Folgen bedeuten eine Verschärfung der ohnehin schon existierenden „Zwei-Klassen-Medizin“ für die Versicherten. Wer sich keine Zusatzversicherungen und Zuzahlungen leisten kann, dem blieben heute schon bestimmte Gesundheitsleistungen verwehrt. vm